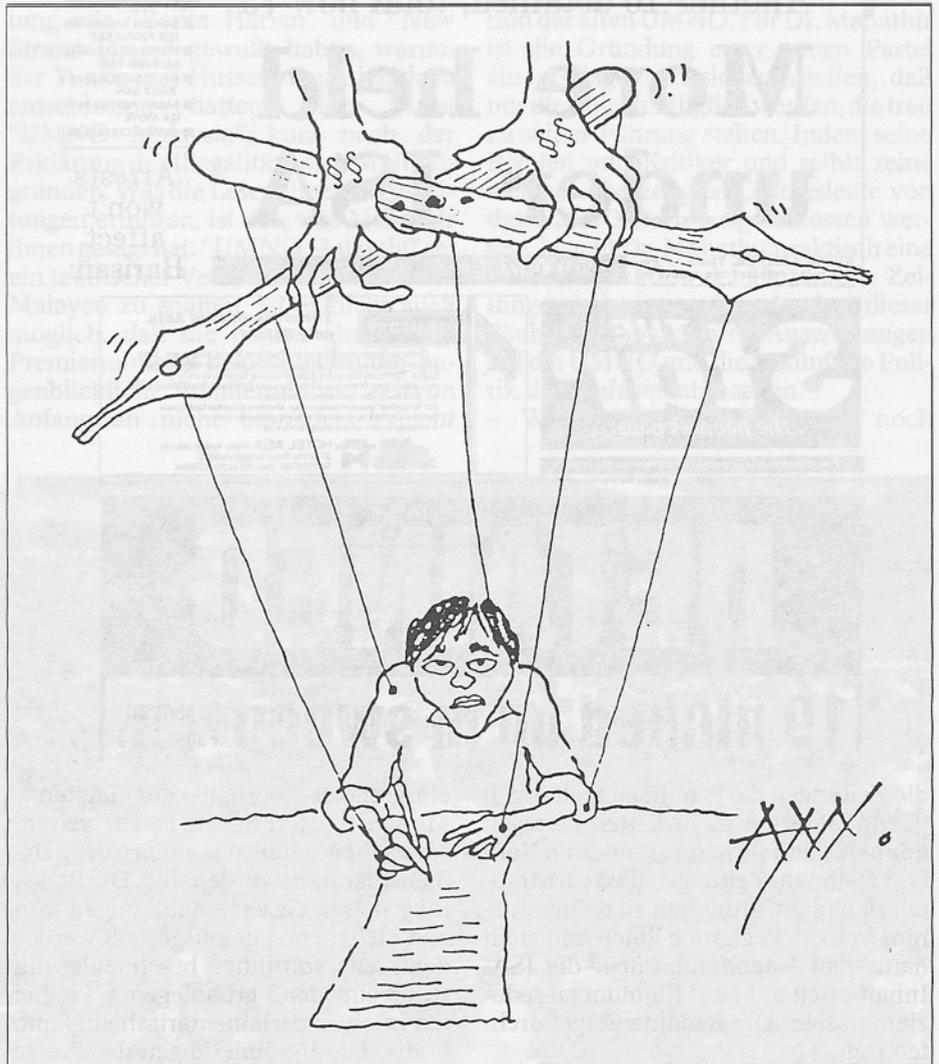


DIE GEKNEBELTEN MEDIEN

Die Änderungen der malaysischen Verfassung und Gesetze in letzter Zeit haben den Kern der Demokratie getroffen. Das Versagen der Presse, objektive Berichte herauszugeben, macht sie zum Partner von solchen "Verbrechen" gegen die Demokratie.

Manchmal werden die Medien als Wachhund bezeichnet. Sie sollten wachsam, immer umsichtig, jederzeit zum Bellen bereit sein, wenn es den kleinsten Hinweis auf Ungerechtigkeit gibt. In Malaysia durfte dieser Wachhund niemals seine ihm zugeschriebene Rolle spielen. Er wurde immer an einer kurzen Leine gehalten und diese Leine wurde von Jahr zu Jahr kürzer. Seit der "27. Oktober Episode" wurde der Wachhund nun endgültig geknebelt. Es scheint sinnvoll sich anzusehen, was die geknebelten Medien in den letzten 6 Monaten so berichteten. Unsere Analyse beschränkt sich auf die Tageszeitungen. Es sind die Tageszeitungen, die geknebelt wurden. Einige der Wochen-, Zweiwochen- und Monatszeitschriften versuchen hin und wieder, ein wenig zu bellen. Das ist bemerkenswert, angesichts eines Umfeldes, das gegenüber unabhängigen Kommentaren und unabhängiger Kritik zunehmend feindlich gesinnt ist. Mit diesen Journalisten stehen wir nicht im Streit, deren Leserschaft auch nicht sonderlich groß ist. Ihr Bellen, wie laut es auch immer sein mag, wird paradoxerweise ertränkt in dem "ohrenbetäubenden" Schweigen der geknebelten Medien. Der Ausdruck "geknebelte Medien", das soll hier deutlich gemacht werden, beschreibt lediglich eine bestimmte Situation. Wenn auch die Regierung hauptsächlich für die Knebelung verantwortlich ist, so sind wir uns im klaren darüber, wie Eigentümer und Redakteure von Zeitungen auch dazu beitragen. Einige lassen sich sogar nicht nur knebeln; sie übernehmen eigenhändig die Initiative zur Selbstknebelung!

In diesem Aufsatz befassen wir uns mit den Tageszeitungen in der Nationalsprache (malaysisch) wie "Berita Harian" und "Utusan Malaysia" und der Tageszeitung in englischer Sprache, "New Straits Times". Wir wissen nicht, wie die Situation bei den chinesischen Tageszeitungen wie "Nanyang Siang Pau" oder den tamilischen Tageszeitungen wie "Tamil Nesan" ist. Die englischsprachige Tageszeitung "The Star" ist auch nicht Bestandteil unserer Analyse. The Star, die von der Regierung vom 27.10.1987 bis 25.3.1988 verboten wurde, konnte nichts zu den Angelegenheiten veröffentlichen, die hier un-



(nach Aliran Monthly 5/86)

tersucht werden sollen, um zu zeigen, wie die Zeitungen sich seitv der 27. Oktober Episode verhalten haben. Nichtsdestowenige scheint The Star seit ihrer Wiederherausgabe in den letzten Wochen übervorsichtig zu sein, insbesondere was die Behandlung von bestimmten politischen Fragen angeht, die möglicherweise die Interessen des Premierministers Dr. Mahathir Mohamad betreffen. Vielleicht wurde The Star auch geknebelt, oder sie hat sich zur Selbstknebelung entschlossen.

Um zu zeigen, wie die Tageszeitungen geknebelt sind, werden wir uns 5 wesentliche Ereignisse ansehen, die im Zusammenhang mit der 27. Oktober Episode zusammenhängen.

ISA-Verhaftungen

Nach den ersten Tagen der Verhaftungen im Rahmen der Großoperation zur Inneren Sicherheit (ISA) von 27. Oktober hörte die Regierung damit auf, die Namen der Inhaftierten und die Ge-

samtzahl bekanntzugeben. Keine einzige Tageszeitung forderte mit Nachdruck die Bekanntgabe solcher Informationen. Wie kann sich eine Tageszeitung in einer Demokratie so nennen, wenn sie nicht einmal solche Grundinformationen einer besorgten Öffentlichkeit liefern kann, die nicht wußte, was in den schrecklichen Tagen vor sich ging? Inwieweit unterscheiden wir uns in dieser Hinsicht von repressiven und diktatorischen Staaten, wo Dissidenten und Kritiker plötzlich verschwinden und über Monate nichts von ihnen zu hören ist?

Und in der Tat, für 2 Monate nach dem 27. Oktober kursierten allerlei Gerüchte über die Inhaftierten und darüber, was sich in den verschiedenen Haftanstalten abspielte. Keine Zeitung wagte es, den Gerüchten mit dem Ziel nachzugehen, um unbegründete Geschichten zu korrigieren, so daß die Wahrheit bekannt werden würde. Es gibt keinerlei legitime Gründe, warum

ent

ckers)
Sdn. Bhd.
in Ulu Klang,
Lumpur.
86 KL
1 4477403
TRO

New Straits Times

FRIDAY, OCTOBER 30, 1987 ● Peninsular Malaysia 50 Sen ● Sarawak 60 Sen ● Sabah 70 Sen ● PPF 102/1/87

Another 16 detained, total now 79

More held under ISA

KUALA LUMPUR, Thurs. — Police today released the names of another 16 people detained under

THE 16 DETAINED

MORE REPORTS

- BAN ON RALLIES: WH THE PEOPLE SAY
- PEOPLE OF SARAWAK RELIEVED: YAB
- MTUC QUITE HAPPY I RALLY BAN
- SABAH PARTIES SUPP ISA MOVE
- KASSIM: CERTAIN GR

Arrests won't affect Barisan:

THE Star
the people's paper

No. 6748 Wednesday, October 28, 1987 PP 15/1/87 50 CENTS
Sabah 75 cents/Sarawak 80 cents

ORCHARD RD

The crossroads of Asia only S\$50++

Come to Singapore and enjoy half the world and more. Stay at Hotel Asia and enjoy all the comforts for only S\$50++ per night. We're on the quiet side of Scotts Road, yet only 5 minutes away from the world famous Orchard Road. Stay with us, and have the best of both worlds.

For "Malaysian" passport holders only. Members of Golden Link Hotels. Golden Link Card members will be given additional discount.

• Subject to 10% service charge & 5% tax

HOTEL ASIA Many happy returns
37 Scotts Road Singapore 0922
Tel 7378388 Telex RS 24313 HOTAISA

DETAINED

19 picked up in swoop Reports on Pages 2 & 3

die Zeitungen die Familienangehörigen der Inhaftierten nicht hätten befragen können, denn sie hatten immerhin Kontakt zu ihnen. Zeitungsredakteure trauten sich nicht, gründlich zu recherchieren, weil die Regierung ihnen mitgeteilt hatte, daß Nachrichten über die ISA-Inhaftierten auf ein Minimum zu reduzieren seien. Die Redakteure gehorchten treu.

Noch wichtiger wäre es gewesen, könnte man angesichts der negativen Berichterstattung in den ausländischen Medien über die "wirklichen Intentionen" für die Aktionen vom 27. Oktober meinen, wenn die einheimischen Zeitungen zumindest versucht hätten, die zugrundeliegenden Beweggründe zu analysieren. Hier gab es die große Gelegenheit, einmal wirklich untersuchen den Journalismus zu betreiben. Hatte die Regierung Recht, als sie darauf bestand, daß nur allein ethnische Spannungen sie zum derartigen Vorgehen bewegte? Wer hatte etwas davon, daß so viele verschiedene Leute eingesperrt wurden? Die Zeitungsredakteure haben sich bereits früh dazu entschlossen, daß es besser ist, ruhig und sicher zu sein, als nachforschend und eingesperrt!

Änderungen verschiedener Gesetze

So wie die Zeitungen auf die Änderungen des Pressegesetzes (Publication Act), des Polizeigesetzes und des Ver-

einsgesetzes innerhalb der letzten 4 Monate reagiert haben, ist ein weiteres Anzeichen dafür, wie unterwürfig und dienstbar sie geworden sind. Die Bedeutung dieser Gesetzesänderungen können nicht genug herausgestellt werden, denn jede von ihnen beschneidet drastisch eine der 3 grundlegenden Freiheiten in einer parlamentarischen Demokratie. Die Veränderungen des Pressegesetzes beeinträchtigten die Meinungsfreiheit; die Veränderungen des Polizeigesetzes beschneiden die Versammlungsfreiheit und die Veränderungen des Vereinsgesetzes die Koalitionsfreiheit. Es gab keinerlei kritische Einschätzungen solch weitreichender Gesetzesänderungen, die solch direkte Auswirkungen auf unsere so wertvollen Rechte als Bürger eines Staates haben, der sich als Demokratie bezeichnet. Einige Tageszeitungen haben sogar Kommentare veröffentlicht, die die Veränderungen des Pressegesetzes rechtfertigen. Es ist schwer vorstellbar, ob in irgendeinem anderen Teil der sogenannten "Freien Welt" Zeitungen so weit gegangen sind, um ihre masochistischen Tendenzen zu zeigen.

Anschlag auf die Judikative

Haben die Veränderungen des Presse-, Polizei- und Vereinsgesetzes eine Einschränkung der Grundrechte bedeutet, so ist die Entmachtung der Judikative durch die kürzliche Änderung der Verfassung die Abschaffung

einer grundlegenden Voraussetzung, auf dem unser politisches System beruht. Eine Verfassungsänderung von solch verheerenden Auswirkungen hätte die Zeitungen zum Protest provozieren müssen. Wir hatten gehofft - natürlich vergeblich -, daß die Zeitungen, selbst wenn sie nicht wütend aufschreien würden, zumindest empört über das winseln würden, was die Regierung vorhat. Denn das Mahathir-Regime war dabei, bewußt oder unbewußt den grundlegenden Charakter unserer Verfassung zu zerstören. Es war darauf aus, die eine Institution zu zerschlagen, die den Mißbrauch der Exekutivgewalt kontrollieren kann. Ist dies gelungen, wird es keinerlei Schwierigkeiten bereiten, eine diktatorische Herrschaft zu errichten. Angesichts der Größe der Bedrohung der Demokratie hatten wir erwartet, daß die Zeitungen ein wenig kritisch sein würden. Wir wurden enttäuscht. Alle Tageszeitungen arbeiteten mit den Behörden beim Herunterspielen der Bedeutung der Änderung des Artikel 121 der Bundesverfassung zusammen. Sie erweckten den Eindruck, als sei der Zweck der Änderung lediglich die "klare Definition" der Befugnisse der 3 Institutionen der Gewaltenteilung im Staate. Die Zeitungen akzeptierten ohne weitere Überlegungen das lächerliche Argument des Premierministers, daß die Änderungen die Gewaltenteilung stärken sollte. Dr. Mahathirs Rede erhielt die größte Aufmerksamkeit der Tageszeitungen, während alternative Auffassungen fast völlig unbeachtet blieben. Wegen des schändlichen Verrates der Zeitungen an den verfassungsmäßigen Prinzipien und demokratischen Werten bleibt die breite Öffentlichkeit bis heute uninformiert über die verhängnisvollen Gefahren der Änderungen des Artikel 121. Das gilt selbst für die gebildeten Schichten in der Bevölkerung. Das passiert, wenn es keinerlei kritische Analysen in den Massenmedien über wichtige Entwicklungen in bezug auf Verfassung und Gesetz gibt.

Die UMNO-Sage

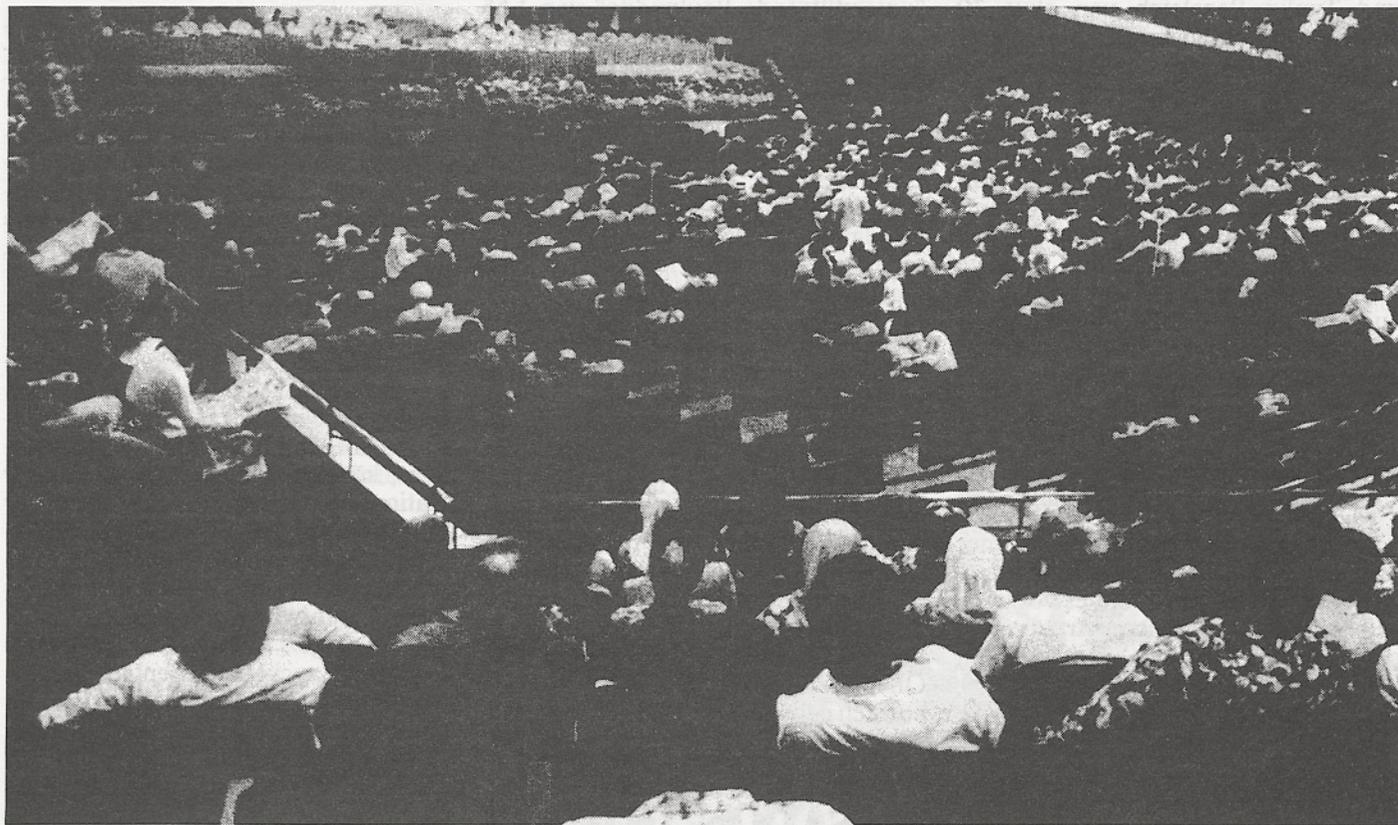
Aber noch mehr als die bisher analysierten 3 Ereignisse seit dem 27. Oktober zeigt die Einstellung der Zeitungen zur nicht endenden "UMNO-Sage" das Vorurteil gegenüber denen, die an der Macht sind, und insbesondere gegenüber Dr. Mahathir Mohamad. Als das Oberste Gericht (High Court) von Kuala Lumpur am 4. Februar 1988 UMNO für illegal erklärte, wies Dr. Mahathir die Schuld daran den 11 UMNO-Mitgliedern zu, die vom Gericht eine Annullierung der UMNO-Vorstandswahlen vom 24. April 1987 forderten. Er warf ihnen vor, sie würden Chaos verursachen, sie würden die Par-

tei zerstören und die politische Macht der Malayen schwächen. Die Zeitungen vertraten die gleiche Linie. Sie stellten die UMNO 11 als selbstsüchtige, opportunistische Menschen dar, die von neidischen und machthungrigen Politikern manipuliert würden, um Mahathir zu stürzen. Mahathir dagegen wird als der Retter von UMNO und der Malayen dargestellt. Fast jede Tageszeitung berichtete vollständig über alle Zeremonien von Treuegelöbnisse zur Führung des Premierministers. Massenkampagnen mit Treuegelöbnissen zum Premierminister erhielten ebenfalls maximale Beachtung. Ein Vergleich zwischen der Medienaufmerksamkeit zugunsten Mahathirs mit der gähnenden Nachrichtenleere über seine Gegner innerhalb UMNOs, macht verständlich, warum selbst neutrale Beob-

der Situation der Presse heute in Malaysia, daß selbst frühere Premierminister, die in der Vergangenheit allerlei Ehrungen erhielten, jetzt aus den Medien ausgeblendet werden. Die Öffentlichkeit würde gern durch die großen Tageszeitung wie "Berita Harian" und "New Straits Times" gewußt haben, warum der Tunku und Hussein Onn sich dazu entschlossen hatten, eine Partei "UMNO Malaysia" kurz nach der Erklärung der Illegalität von UMNO zu gründen. Was die Leser dieser Tageszeitungen erfuhren, ist das, was Mahathir ihnen gesagt hat: "UMNO Malaysia" sei ein teuflischer Versuch, die Einheit der Malayen zu spalten. Ist es nicht auch möglich, daß die beiden ehemaligen Premierminister befürchteten, der augenblickliche Premierminister sei von Anfang an nicht besonders erpicht

sucht, die verschlungenen Wege bei der Formierung der "UMNO Baru" durch Dr. Mahathir und anderen ehemaligen UMNO-Führern zu erkunden. UMNO Baru ist offenkundig nicht eine einfache, geradlinige Nachfolgeorganisation der alten UMNO. Für Dr. Mahathir ist die Gründung einer neuen Partei eine Gelegenheit sicherzustellen, daß nur diejenigen Mitglied werden, die treu zu seiner Führung stehen. Indem seine Rivalen und Kritiker und selbst seine weniger überzeugten Gefolgsleute von der UMNO Baru ausgeschlossen werden, begeht Dr. Mahathir praktisch eine Säuberungsaktion der Partei. Die Zeitungen haben von einer Analyse dieser Säuberung sowie ihren Auswirkungen auf die UMNO und die zukünftige Politik der Malayen abgesehen.

Weder die "Utusan Malaysia" noch



Parteitag der alten UMNO

achter die eiheimischen Tageszeitungen als "widerlich einseitig" bezeichnen. In einer Gesellschaft, in der tatsächlich Pressefreiheit und eine ehrliche Verpflichtung zur journalistischen Ethik besteht, hätten jede Anzahl von Redakteuren Mahathirs Gegner dazu aufgefordert, ihre Version der Geschichte zu erzählen. Es hätte Interviews mit den UMNO 11 und mit Mahathirs Erzrivalen, Tunku Razaleigh Hamzah, gegeben. Andere UMNO-Persönlichkeiten, die unglücklich mit Mahathirs Führung sind, wie (die ehemaligen Premierminister, d.Übers.) Tunku Abdul Rahman und Tun Hussein Onn, hätten auch einigen Platz erhalten. Es ist eine traurige Widerspiegelung

arauf, UMNO wiederzubeleben, damit er herrschen könnte, ohne einer Partei rechenschaftspflichtig zu sein, die ihn beinahe von der Macht entfernt hatte? Trifft es zu, daß die UMNO 11 erst dann vor Gericht zur Lösung des Konflikts zogen, als sie überzeugt waren, daß der damalige Generalsekretär der UMNO nicht auf ihre Beschwerden über Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen von Kreisverbänden eingehen würde? Ist es möglich, daß sie den Generalsekretär - möglicherweise zu Unrecht - verdächtigten, andere Gründe für sein Handeln gehabt zu haben? Keine der Tageszeitungen hat sich darum geschert, auch nur eine dieser Fragen zu diskutieren. Noch haben die Tageszeitungen ver-

die "New Straits Times" sind bereit, die Moral in Frage zu stellen, einerseits UMNO Baru als neue Organisation zu behandeln, was die Mitgliedschaft und Struktur angeht, und andererseits als die alte UMNO, was die Parteisymbole, die Ideologie und selbst das Parteivermögen angeht. In gleicher Art hat sich keine Zeitung getraut, die Logik der Regelung in der Satzung der UMNO Baru zu hinterfragen, die festlegt, daß ein Kandidat, der für das Amt des Parteivorsitzenden oder stellvertretenden Vorsitzenden von einem Bezirk vorgeschlagen wird, automatisch 10 Stimmen erhält. Die Zeitungen haben lediglich die Argumente der UMNO Baru Führung wiedergegeben, wonach die

10-Stimmen-Regelung die Basisdemokratie innerhalb der Partei stärken würde, weil sie den Gefühlen der Mitglieder auf Bezirksebene größeres Gewicht verleiht, wer Vorsitzender oder stellvertretender Vorsitzender der Organisation sein soll. Wenn es die UMNO Baru Führung wirklich ehrlich mit der Basisdemokratie meint, warum führt sie dann nicht die direkte Wahl ein, wonach jedes einfache Mitglied das Recht haben würde, den Vorsitzenden oder stellvertretenden Vorsitzenden oder gleich den gesamten Parteivorstand wählen zu können? Keine Tageszeitung hat diese Frage gestellt. Auch hat kein Kommentator die so naheliegende Frage gestellt: Gibt es nicht ein sehr eigennütziges Element für diese 10-Stimmen-Regelung, weil bei den letzten UMNO-Wahlen Dr. Mahathir als Kandidat von über 80 von 133 Bezirken und Tunku Razaleigh von etwa 30 Bezirken nominiert wurde, und ersterer trotzdem den Posten des Vorsitzenden lediglich mit einer Mehrheit von 43 Stimmen (von über 1000 Delegierten, d.Übs.) behauptete?

Es ist nun einleuchtend, daß Zeitungen, die es für ihre vornehmste "Verantwortung" halten, die Erhaltung und den Fortbestand von Macht und Prestige des "großen Führers", dem sie dienen, zu gewährleisten, nicht die Wahrheit über seine geschickten Manöver und Manipulationen berichten wollen.

Finanzielle Vergehen und Verantwortlichkeit

Diese mißverständene Auffassung von "Verantwortlichkeit" hat zu einer Situation geführt, daß so ziemlich alle Zeitungen in diesem Land es vorgezogen haben, sich von dieser Art untersuchenden Journalismus fernzuhalten, welche die finanziellen Vergehen der nationalen Führung enthüllen würde.

Es erklärt, warum die Unterzeichnung des Vertrages über den Bau der Nord-Süd-Schnellstraße zwischen der Regierung und der im UMNO-Besitz befindlichen United Engineers (M) Limited (UEM) am 18. März 1988 lediglich berichtet wurde, ohne kritischen Kommentar oder Analyse. Dabei handelte es sich um den selben Vertrag, der gerade 8 Monate vorher so viel Aufsehen erregte, weil hier wesentliche Prinzipien demokratischer Rechenschaftspflicht und öffentlicher Integrität aufgeworfen wurden.

Abgesehen von der Absurdität, daß die Regierung dieses Projekt einer Firma überträgt, die indirekt der führenden Regierungspartei gehört, wahren die Vertragsbedingungen, obgleich inzwischen modifiziert, noch immer nicht die öffentlichen Interessen. Die Regierung hat sich verpflichtet, UEM "unterstützende Baukredite" von 1,65 Mrd. M\$ zur Verfügung zu stellen. Auch gewährt sie der Firma einen Ausgleich für Währungsschwankungen und eine Garantie für das Verkehrsaufkommen. Keine der Tageszeitungen hat diese Garantien der Regierung in Frage gestellt, denn man würde doch erwarten, daß solche Risiken eine Privatfirma selber tragen müßte wie jeder wirkliche Unternehmer.

In der Tat, der Vertrag über die Nord-Süd-Schnellstraße ist ein enthüllendes Beispiel dafür, worum es bei dem Privatisierungsprogramm der Mahathir-Regierung geht. Aber die Zeitungen sind nicht bereit, das Thema Privatisierung genauer unter die Lupe zu nehmen. Seit Oktober 1987 hat es weitere Entwicklungen bei der Privatisierung der Dienstleistungen der Post und der Nationalen Elektrizitätsbehörde gegeben. Unglücklicherweise wird die Öffentlichkeit darüber, was wirklich vor sich geht, im Dunkeln gehalten. Die

Öffentlichkeit hat ein Recht, über die Zukunft der grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen informiert zu werden. Eine Menge Leute befürchten, daß als Ergebnis der Privatisierung die Preise für Post-Dienstleistungen und Elektrizität steigen werden. Haben beispielsweise die jüngsten Presseberichte über Erhöhung der Postgebühren im Auslandsverkehr irgendetwas mit der drohenden Privatisierung dieser Dienstleistungen zu tun? Nur wenn die Presse bereit ist, genau zu sondieren, wird die Öffentlichkeit eine Antwort auf diese und andere Fragen erhalten.

Schlußfolgerung

Die Unfähigkeit, die fehlende Bereitschaft unserer Zeitungen, zu sondieren, zu untersuchen, zu analysieren und die Wahrheit zu enthüllen - insbesondere in einer Situation, wo autoritäre Herrschaft eine Realität geworden ist -, ist zweifellos eine der schwerwiegendsten Bedrohungen der Wohlfahrt unserer Gesellschaft. Weil die Tageszeitungen geknebelt sind, bleibt unsere Bevölkerung unwissend über die Zusammenhänge und Konsequenzen von wichtigen politischen Entwicklungen, welche ihr Leben in den kommenden Jahren drastisch verändern werden.

Diese Unwissenheit leistet der Regierung gute Dienste. Denn eine unwissende Bevölkerung wird keine Rechenschaft verlangen. Und weil es keine Zeitung gibt, die bereit ist, von der Regierung wirkliche Rechenschaft einzufordern, können sich die Führer unserer Nation es leisten, immer weniger Rechenschaft gegenüber der Bevölkerung ablegen. Weil öffentliche Rechenschaftspflicht zum Wesen demokratischer Verantwortlichkeit gehört, so ist eine weniger rechenschaftspflichtige Regierung auch eine weniger verantwortliche. Die Zeitungen haben in nicht unerheblichem Maße zu diesem Zustand beigetragen. Es ist schon ironisch, daß Zeitungen, die die Regierung an ihre Rechenschaftspflicht gegenüber der Bevölkerung erinnern sollten, stattdessen den Verrat der Regierung an ihrer demokratischen Verantwortung legitimieren und sanktionieren.

Wenn einmal eine Regierung anfängt, ihre demokratische Verantwortung zu verraten, so wird sie auch keine Skrupel haben, Lügen zu vertuschen oder - schlimmer noch - die Wahrheit zu unterdrücken. Die Zeitungen sind bei der Fortsetzung dieses sträflichen Vergehens Partner der Regierung gewesen. Unsere Erfahrung seit dem 27. Oktober hat uns wieder einmal davon überzeugt, daß geknebelte Medien unweigerlich zur Knebelung der Wahrheit führen.

Chandra Muzaffar

(Aus "Aliran Monthly" Vol.8, No.3, Mai 1988, S.3ff "The Muzzled Media"; Übersetzung von Peter Franke)



Mahathir spricht vor Bankleuten